

Resolution der Personalversammlung

im Bereich des Staatlichen Schulamts Stuttgart am 06.03.2024 für alle Beschäftigten, Lehrkräfte und Schulleitungen GHWRGS

Die Personalsituation an den Schulen ist weit entfernt von einer ausreichenden Versorgung, die umfassende Bildung und Erziehung ermöglicht. Der **Lehrkräftemangel wird zu Beginn jeden Schuljahres eklatanter**.

Seit Jahren werden uns Lehrkräften bei unserer Arbeit mehr und **mehr Belastungen** aufgebürdet. In der Folge sinkt die Arbeitszufriedenheit und die Gesundheit der Lehrkräfte verschlechtert sich, was wiederum Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität und somit auf die Bildung und Förderung aller Schülerinnen und Schüler hat. **Rapide schlechter** wird die Versorgung und Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit einem **besonderen Förderbedarf**, hier bedarf es eines besonderen politischen Willens, die Situation zu verbessern! Die Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Bildungsanspruch hinkt immer mehr **den Vorgaben der UN-Menschenrechtskonvention** hinterher.

Die **Digitalisierung** an den Schulen wurde nur teilweise vollzogen und wird im Weiteren als **zusätzliche Aufgabe auf die Schultern der Lehrkräfte** gelegt.

Die **Wertschätzung** aller am Schulleben Beteiligten ist eine wichtige Grundvoraussetzung für gute Bildung. Wer als politisch Verantwortlicher den Lehrberuf durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und durch immer neue Leitungs-, Überprüfungs- und Kontrollinstrumente unter Generalverdacht stellt, kann nicht erwarten, dass der **Lehrberuf Achtung und Beliebtheit** erfährt.

Wir Beschäftigten brauchen dringend eine **konkrete und schnelle Unterstützung** seitens der politisch Verantwortlichen!

Dauerhafte Qualität von Unterricht kann nur da gelingen und weiterentwickelt werden, wo die Rahmenbedingungen für Pädagogik und Bildung im Unterricht und Schulleben eingehalten werden.

Für Kolleginnen und Kollegen wird gefordert:

- A13 für alle ausgebildeten Lehrkräfte
- eine Prämie, um einen Anreiz für die Mangelregion Stuttgart zu schaffen
- Teilzeit nicht einschränken und Altersteilzeit ermöglichen, um die Arbeitskraft länger zu erhalten
- ein sinnvolles und transparentes Arbeitszeitmodell mit angemessener Entlohnung
- die Sonderpädagogik so mit Ressourcen ausstatten, dass auch die Regelschulen davon profitieren
- die Anpassung der Besoldung der im Dienst befindlichen Fachlehrkräfte/Technischen Lehrkräfte an die erhöhte Eingangsbesoldung sowie eine Angleichung des Unterrichtsumfangs an das Deputat der entsprechenden Schulart

Für die personelle Ausstattung an den Schulen wird gefordert:

- Versorgung der Schulen mit 110%, damit eine Krankheitsvertretung gewährleistet ist
- das sonderpädagogische Arbeitsfeld mit ausreichend Ressourcen ausstatten, damit die Unterrichtsqualität sichergestellt ist
- Aufstockung des sozialpädagogischen, therapeutischen und pflegerischen Personals an Schulen

Resolution der Personalversammlung

im Bereich des Staatlichen Schulamts Stuttgart am 06.03.2024 für alle Beschäftigte, Lehrkräfte und Schulleitungen GHWRGS

- dauerhafte Installation und Erhöhung der Stunden in Vorbereitungsklassen und den Einsatz von qualifiziertem Personal in diesen Klassen
- Einstellung von Verwaltungsfachkräften zur Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften
- eigene Leitungszeit für das Konrektorat

Für die digitale Bildung und den digitalen Arbeitsplatz an Schulen wird gefordert:

- eine ausreichende Ausstattung mit digitalen Endgeräten sowie dem entsprechenden technischen und personellen Support
- eine einheitliche und funktionsfähige Informations- & Kommunikationsplattform
- externer, technischer und personeller Support für die gesamte digitale Ausstattung von Schulen
- sachkundige und pädagogisch geschulte Unterstützung bei Fragen zur Hard- und Software in deutlich größerem Umfang als bisher
- regelmäßige, schulnahe Fortbildungen zur Anwendung der digitalen Geräte

Für die pädagogische Arbeit an Schulen wird gefordert:

- die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren verstärkt in den Blick der schulischen Bildung stellen aufgrund des massiven Anstiegs der Schülerzahlen
- Demokratieerziehung als ein eigenständiges Fach ab Klasse 1 (z.B. auch Ethik ab Klasse 1)
- Ganztags auch für Kinder aus Grundschulförderklassen und Vorbereitungsklassen öffnen
- Coachingstunden als feste Deputatstunden in allen Schularten implementieren
- ein Grundlagenkonzept zur Inklusion, das für alle Schulen adaptiert werden kann
- feste Kooperationsstunden für Lehrkräfte an allen Schulen, die zum Deputat zählen
- Zwei-Pädagogen-Prinzip als Standard in inklusiven Settings

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird gefordert:

- eine Baden-Württemberg-Zulage für tarifbeschäftigte Lehrkräfte
- die Anerkennung von förderlichen Zeiten bei der Stufenzuordnung/stufengleiche Höhergruppierung

Für die Attraktivität des Lehrberufs/Lehrkräftegewinnung wird gefordert:

- Belastung der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter nicht durch Deputatserhöhung weiter steigern
- eine grundlegende Ordnung für den Quer- und Seiteneinstieg mit Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine zeitlich ausreichende Anrechnung für die Mentorentätigkeit
- Bezahlung über die Sommerferien für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter und aller befristet Beschäftigten - unabhängig vom Laufzeitbeginn
- berufsbegleitende Qualifizierung von Personen ohne Lehramtsbefähigung dauerhaft verankern
- die sofortige Umsetzung eines nachhaltigen Konzepts zur Gewinnung von mehr Lehrpersonal in allen Fachrichtungen im GHWRGS Bereich